

Petitionskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Basel, den 25. Juni 2003

P 181 „Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte“

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2002 die Petition betreffend „Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte“ an die Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition

In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte verschlechtert und die Erfüllung ihres Auftrages wurde immer schwieriger. Zusätzlich zum eigentlichen "Kernauftrag" der Wissensvermittlung haben andere erzieherische Aufgaben zugenommen. Die Kinder und Jugendlichen als Spiegel unserer Gesellschaft sind anspruchsvoll und fordern mehr individuelle Betreuung und Förderung. Die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung von Basel-Stadt birgt immer mehr sozialen Zündstoff, welcher sich oft in den Schulen entlädt.

Die Anforderungen an Lehrkräfte werden immer zahlreicher. Es müssen nicht nur Lektionen vor- und nachbereitet, Prüfungsarbeiten vorbereitet und korrigiert und Elterngespräche geführt werden. Die Lehrkräfte müssen sich auch mit Suchtprophylaxe, Gewaltprävention, allgemeiner Gesundheitserziehung usw. vertraut machen und sich dementsprechend weiterbilden. Sie werden zur Mitarbeit in Schulentwicklungsprojekten angehalten, und nicht zuletzt erfordert die Arbeit im Team häufige Sitzungen und Absprachen.

Viele Lehrkräfte reduzieren ihr Pensum, weil sie überlastet sind. Die verantwortungsvolle Ausübung eines 100% Arbeitspensums ist für die Mehrheit der Lehrkräfte nicht mehr leistbar, weil ein volles Pensum weit mehr als 100% Arbeit bedeutet.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichneten den Grossen Rat um Folgendes:

Es sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie die Pflichtstundenzahlen an den verschiedenen Schulen je nach den Anforderungen entsprechend gesenkt werden können.

2. Abklärungen der Petitionskommission

Als erstes holte die Petitionskommission in punkto Pflichtstundenzahlen in der Besoldungsstatistik des LCH (Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) vom Jahr 2002 Vergleichszahlen zur übrigen Schweiz ein. Aus dem der Petitionskommission gelieferten Zahlenmaterial könnte geschlossen werden, dass in Basel im Vergleich zu anderen Kantonen eher tiefere Pflichtstundenzahlen festgelegt sind. Die Petitionskommission wurde sich aber bewusst, dass der Hintergrund der vorliegenden Petition wohl eher der Tatsache zuzuschreiben ist, dass Lehrkräfte, je nach Schulstufe, die sie unterrichten, zunehmend zusätzlich zum eigentlichen Unterrichten gefordert und belastet sind. Schliesslich beschloss die Petitionskommission, ein Gespräch mit der Petentschaft, dem Präsidenten der Schulsynode und einer zuständigen Person des Erziehungsdepartementes zu führen.

2.1 Hearing vom 8. April 2003

mit Hans-Georg Signer, Stabsleiter Ressort Schule, Erziehungsdepartement, Heini Giger, Präsident der staatlichen Schulsynode, Beat Siegenthaler, Vizepräsident der staatlichen Schulsynode und Heidi Mück, Gewerkschaft Erziehung (GE) als Vertreterin der Petentschaft

2.1.1 Ergänzende Ausführungen der Vertreterin der Petentschaft zum Petitionstext

Aufhänger für die Petition sei die Studie betreffend Arbeitsbelastung der Lehrkräfte von Prof. Ulich gewesen. Gemäss dieser seien rund 30 Prozent der Lehrkräfte von emotionaler Erschöpfung betroffen, 20 Prozent hätten eine beeinträchtigte Zuwendungsbereitschaft. Diese Faktoren hätten Einfluss auf die Schulqualität, was für Schulkinder unzulänglich sei. Lehrkräfte mit einem Vollpensum seien in der Minderzahl, dafür wachse die Zahl derjenigen, die eine Reduktion wegen Überforderung wollten. Dagegen müsse etwas unternommen werden. Im Vordergrund müsse die Arbeitszeit der Lehrkräfte stehen, es gehe nicht um mehr Lohn. Die Überbelastung der Lehrkräfte müsse wahr genommen werden, die Lehrkräfte müssten dringend unterstützt werden. Eine differenzierte Stundensenkung brächte schnelle Verbesserungen. Die Petition sei absichtlich offen formuliert worden. Entsprechend sei die GE offen für flexible Lösungen. Bei OS und WBS wäre eine generelle Senkung der Pflichtstundenzahl machbar und sinnvoll, bei anderen Schulen gäbe es organisatorische Probleme, dort wolle man eine Senkung nicht aufdrängen. Sicher sei, dass der Faktor Zeit für Lehrkräfte sehr wichtig sei. Die Arbeit der verschiedensten Lehrkräfte am Projekt „Hot“ habe bei den Lehrkräften Erwartungen geweckt und eine Aufbruchstimmung hervorgerufen. Leider heisse es aber nun nach dem Erscheinen des „Hot“-Berichts, dass die finanziellen Mittel dafür beschränkt seien, was den Lehrkräften einen Dämpfer verpasse.

2.1.2 Stellungnahme des Präsidenten und Vizepräsidenten der Schulsynode zur Petition

Die Schulsynode unterstütze das Anliegen der Petition, die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte zu überprüfen. Die Arbeitszeit der Lehrerschaft lasse sich nicht wie in andern Berufen mit einer Stempeluhr erfassen. Der LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) habe in der gesamtschweizerischen Studie die Arbeitszeit der Lehrerschaft erhoben. Es sei nachgewiesen worden, dass die wöchentliche Arbeitszeit an gewissen Schulstufen bis zu 50 Std./Woche betrage; die maximale Jahresarbeitszeit sei etwa bei 2'000 Stunden limitiert, unabhängig von der Pflichtstundenzahl. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte betreffe etwa zu 50 Prozent den Unterricht, 25 Prozent werde für die Vorbereitung benötigt, die restliche Zeit für Zusatzaufgaben wie Teamsitzungen, Lehrberichtsgespräche usw. In den letzten Jahren hätten die Nebenaufgaben markant zugenommen. Zudem zeichne sich ab, dass auf Grund von gesellschaftlichen Veränderungen (heterogene Klassen, Kinder aus bildungsfernen Schichten u.ä.) das Unterrichten eindeutig schwieriger geworden ist. Durch viele zusätzliche Nebenaufgaben würden Energie und Kräfte gebunden, die dem Kerngeschäft abgingen. Dies habe auf die Unterrichtsqualität einen negativen Einfluss. Im Kräftebereich käme die Lehrerschaft an ihre Grenzen, was verheerende Folgen habe und u.a. auch zu Frühpensionierungen führe. Der Kontakt zu den Kindern leide. Einer der Hauptbelastungsfaktoren liege in der mengenmässigen Überforderung (Ulichstudie). Ein weiterer Hinweis auf die Belastungssituation der Lehrkräfte sei, dass in Basel nur noch etwa 30 Prozent der Lehrkräfte eine 100-Prozent-Stelle inne hätten. All das Genannte zeige, dass der Zeitfaktor im Hinblick auf die Schulqualität unbedingt ins Visier genommen werden müsse.

2.1.3 Stellungnahme des Stabsleiters Ressort Schule des Erziehungsdepartementes (ED)

Das ED ziele auf eine möglichst gute Bildung für junge Leute. Hinter dem Anliegen der Petition stehe die Problematik, dass an den pädagogischen Beruf gegenüber früher, wie auch bei vielen anderen Berufen (z.B. in den Bereichen Pflege, Erziehung, Soziales) festzustellen zu sei, erhöhte Anforderungen gestellt würden. Verändert habe sich

- die Ansicht der Eltern über Erziehung und darüber, was Bildung sein soll. Der Konsens über Erziehungsstil und –ziel sei kleiner als vor zehn Jahren. Daraus resultiere Konsensarbeit über die gemeinsame Haltung gegenüber Kindern. Zudem gebe es vermehrt "schwierige" Kinder. Um einen Konsens zu erreichen, müssten gewisse Verbindungsvoraussetzungen da sein. Auch da gebe es neue Phänomene, dass z.T. erreicht werden müsse, dass Kinder überhaupt rechtzeitig in die Schule kommen. Die ganze Elternarbeit sei aufwändiger geworden.
- Im weiteren habe die zunehmende Heterogenität im Bereich der Leistungsfähigkeit und der Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen die Arbeit der Lehrpersonen in qualitativer und quantitativer Hinsicht schwieriger gemacht. Das Spektrum werde grösser, die didaktische Herausforderung an die Lehrerschaft steige, sei zeitaufwändiger und benötige mehr Weiterbildung. Basel trage der speziellen Situation Rechnung, die Pflichtstundenzahl sei entsprechend eher niedrig. Die besonderen Voraussetzungen bewirkten viel Teamarbeit, ein Einzelkämpfer schaffe es nicht mehr alleine.

- Zudem könnten Schulen heute nicht mehr statisch sein. Die didaktischen Konzepte müssten sich den Veränderungen in der Gesellschaft schnell anpassen. Auch dies erfordere mehr Engagement ausserhalb des Unterrichtens in jenen Arbeitsgruppen, die die Schul- und Qualitätsentwicklung voranbringen.

Alles in allem bedeute es für die das Berufsbild der Lehrperson: mehr Schulentwicklung, mehr Qualitätsentwicklung, mehr Kommunikation, mehr Elternarbeit, mehr Team- und Gremienarbeit. Es wäre gut, die Lehrkräfte zu entlasten und zwar nicht mit mehr Lohn, sondern indem man ihnen mehr Zeit gebe für das, was neben dem Unterricht alles getan werden müsse. Eine generelle Pflichtstundenreduktion sei nicht möglich, es müsse eine differenzierte Lösung gefunden werden. Der Unterricht sei zwar zentraler Teil der Arbeit, darum herum gebe es aber eine Menge anderer notwendiger Arbeit. Ein neues Arbeitszeitmodell, welches Arbeitsleistung nicht mehr über die Unterrichtsstunden misst, was veraltet sei, sondern von einer Jahresgesamtarbeitszeit ausgehen würde, gäbe ein zutreffenderes Bild ab. Aus der aktuellen Situation, welche noch von den Pflichtstundenzahlen ausgeht, habe das ED das sogenannte Entlastungslektionendach aufgebaut, mit welchem man Zeit für die vielen Nebenaufgaben und zwar für alle Stufen gleich, gebe. Dies sei ein erster Schritt in Richtung einer neuen Vorstellung von Arbeitszeit. Jene Lehrpersonen, welche die Schule trügen und Gremienarbeit leisteten, sollten von diesem Entlastungslektionendach profitieren dürfen und es soll allen Schulhäusern in gleicher Weise zugestanden werden. Es sei auf das nächste Schuljahr eingerichtet und orientiere sich an der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Das ED versuche, Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, es werde mit einer halben Million aus dem Hot-Projekt plus – sofern bewilligt - einer Million aus zusätzlichen Mitteln gespiesen. Hinzu kämen bestehende Mittel, so dass insgesamt etwa fünf Millionen Franken Entschädigungen für Entlastungen von Lehrpersonen vorhanden sein würden. Was die Finanzprobleme angehe, werde das ED dem Ganzen eine ausbaubare Struktur geben, damit bei verbesserter Finanzlage mehr Geld zur Verfügung gestellt werden könne. Man sei sich bewusst, dass dieser erste Schritt im Moment ein Tropfen auf den heissen Stein sei.

Von der Politik werde Verständnis für die Berufskategorie der Lehrkräfte, welche unter den Veränderungen in der Gesellschaft leide, erwartet. Ausserdem das Zugestehen von mehr Zeit und die Unterstützung des Entlastungslektionendaches, um mit den herrschenden Problemen gezielter umgehen zu können.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission hat Verständnis für die Situation der Lehrerschaft. Gesellschaftliche Veränderungen haben dazu geführt, dass das Kerngeschäft der Lehrkräfte, das Unterrichten der Kinder, zu sehr von Zusatzaufgaben belastet wird, wodurch die Lehrkräfte übermässig unter Druck geraten und in ihrer Motivation gebremst werden. Darunter leidet auch die Schulqualität. Diese alarmierenden Zeichen müssen im Hinblick auf die Qualität der Basler Schulen für die heutige, insbesondere aber auch für die kommende, Generation von Schülerinnen und Schülern unbedingt wahr- und ernstgenommen werden. Ein möglicher Weg ist die auf das Schuljahr 2003/2004 geplante Einführung des Entlastungslektionendaches des ED, das aus finanziellen Gründen leider vorerst nur denjenigen wenigen Lehrkräften zugute kommen wird, welche in der Schulleitung tätig sind, die übrigen

jedoch, welche ebenfalls viel Nebenarbeit nebst dem Unterricht leisten, nicht entlasten wird. Die Petitionskommission ist der Meinung, dass schon kleine Verbesserungen in Richtung Entlastung der Lehrkräfte einen Schritt vorwärts bedeuten, weshalb sie die Bemühungen des ED unterstützt. Das ED sollte deshalb auch bei seinen Ideen bezüglich ausbaubarer Strukturen des Entlastungslektionendaches unterstützt werden. In einer weiteren Etappe sollten dem ED aus diesem Grund weitere Mittel für eine tiefer greifende Entlastung der Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden.

Die Petitionskommission ist auf Grund des Gesprächs vom 8. April 2003 der Meinung, dass die von der Petentschaft geforderte Kürzung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte per se keine Problemlösung, sondern lediglich eine Symptombekämpfung darstellt, da die gesellschaftliche Situation nicht ausser Acht gelassen werden darf. Das zeigt das Beispiel des Stabsleiters Ressort Schule des ED bezüglich des Problems, dass Kinder nicht einmal rechtzeitig oder gar nicht zur Schule geschickt werden. Solche Faktoren erschweren das Unterrichten auf unzumutbare Weise. Einem Artikel der Basler Zeitung vom 17./18. Mai 2003 („Nun will die Schule Eltern erziehen“) konnte die Petitionskommission entnehmen, dass das ED auf Grund der bestehenden Zustände plant, Elternpflichten wieder verbindlicher zu deklarieren. Die Petitionskommission unterstützt die Pläne des ED und erachtet dabei die Vertrauensbildung und die gute Kommunikation mit den Eltern, bei Bedarf auch mit Unterstützung von Mediatorinnen und Mediatoren, sowie Angebote wie die bestehenden Elternunterstützungskurse, als wichtig und massgeblich für eine Verbesserung der Situation.

Die Petitionskommission nimmt zudem die vom Leiter Ressort Schulen des ED ins Gespräch gebrachte Idee auf, die Arbeitszeit der Lehrerschaft anders als über die Pflichtstundenzahl zu definieren und dafür von einer Jahresgesamtarbeitszeit auszugehen. Deshalb möchte die Petitionskommission vom Regierungsrat erfahren, wie er sich zu diesem Arbeitszeitmodell stellt; gleichzeitig bittet sie ihn um Alternativen zum vorgeschlagenen Arbeitszeitmodell.

Schliesslich möchte die Petitionskommission wissen, wie die Situation unter der Lehrerschaft aussieht, wenn das Entlastungslektionendach für die Lehrkräfte der Schulleitungen eingeführt und erprobt worden ist, und was für die Zukunft im Hinblick auf weitere Entlastungsmöglichkeiten geplant wird.

4. Antrag der Petitionskommission

Die Petitionskommission beantragt, die vorliegende Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

Die Petitionskommission hat diesen Bericht mit 7:2 Stimmen verabschiedet.

Petitionskommission des Grossen Rates
Die Präsidentin:

K. Zahn